

Name:  
Adresse:

Datum:

**ACAT-Schweiz, «Karfreitag»  
Speichergasse 29  
CH-3011 Bern  
SCHWEIZ**

**Petition an Maria Eugenia Campos Galván, Gouverneurin des Bundesstaats Chihuahua,  
und an César Jáuregui Moreno, Generalstaatsanwalt des Bundesstaats Chihuahua**

Sehr geehrte Frau Gouverneurin, sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

mit tiefer Besorgnis vernehme ich Berichte über das Verschwindenlassen im Bundesstaat Chihuahua. Laut dem Menschenrechtszentrum Paso del Norte mit Sitz in Ciudad Juárez und anderen Quellen hat das Verschwindenlassen in den letzten Jahren alarmierend zugenommen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurden im Bundesstaat Chihuahua zwischen 2010 und 2023 mehr als 4.900 Personen als vermisst gemeldet. Im selben Zeitraum wurden über 3.900 Personen tot aufgefunden, ohne dass sie identifiziert werden konnten. Dieser Missstand ist auf ein chronisches Versagen der forensischen Dienste zurückzuführen. Ihre Mittel sind unzureichend.

Der nationale Außerordentliche Mechanismus zur Identifizierung von Menschen (MEIF) erwartet, dass der Bundesstaat Chihuahua das Rahmenabkommen für die Zusammenarbeit mit ihm prüft.

Doch Chihuahua hat die nötigen Schritte nicht unternommen, um das Abkommen zu unterzeichnen. Auch die Ressourcen, die Ermittlern für die Suche nach Opfern zur Verfügung stehen, sind mangelhaft. Die Behörden verfügen weder über nachrichtendienstliche Prozesse noch über Kontextanalysen.

Der Fall von **Jacobo Orozco García** veranschaulicht die Problematik. Der junge Mann verschwand am 10. November 2014 im Alter von 22 Jahren im Dorf Palomas. Seine Familie meldete ihn umgehend als vermisst. Dennoch haben die Behörden keinen Plan für eine Untersuchung erstellt.

Sie unterstützten auch nicht die Arbeitsgruppen, die die Ermittlungen vorantreiben könnten, und hielten sich nicht an Vereinbarungen über die Weiterverfolgung des Falls.

*Mexiko ist Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen, dessen Artikel 3 festlegt, dass jeder Vertragsstaat geeignete Maßnahmen ergreift, um das Verschwindenlassen von Personen zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.*

Deshalb fordere ich Sie auf, dringend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um:

1. **einen Plan zur Suche und Lokalisierung von Jacobo Orozco García zu erstellen.** Dieser Plan sollte eine Kontextanalyse beinhalten und die Angehörigen, die örtliche Suchkommission, die Direktion für Expertendienste und Forensik sowie die kriminalpolizeilichen Ermittlungsbehörden von Palomas einbeziehen.
2. **die Kooperationsvereinbarung** zwischen dem nationalen Außerordentlichen Mechanismus zur Identifizierung von Menschen (MEIF) und dem Bundesstaat Chihuahua **zu unterzeichnen.**
3. **forensische Verfahren zu entwickeln**, die Personen nach international anerkannten professionellen Standards identifizieren.
4. **die Suche nach vermissten Personen generell zu intensivieren** und mit den Familien und allen Stellen zusammenzuarbeiten, die über Informationen verfügen könnten.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement gegen das Verschwindenlassen.  
Mit hochachtungsvollem Gruß

Name:  
Adresse:

Datum:

**His Excellency Adama Barrow  
President of Gambia  
State house of the Gambia  
Banjul  
GAMBIA**

Exzellenz,

in großer Sorge um die Sicherheit des Menschenrechtsverteidigers **Madi Jobarteh** ersuche ich Sie um Unterstützung.

Am 6. Oktober 2023 durchsuchten vier Angehörige des Staatsschutzes und der Kriminalpolizei das Haus des ehemaligen Geschäftsführers des zivilgesellschaftlichen Dachverbands TANGO (The Association of Non-Governmental Organizations in Gambia) und befragten ihn zu seinen Äußerungen auf Facebook.

Am 9. Oktober 2023 wurde Madi Jobarteh in Untersuchungshaft genommen.

Die Polizei beschlagnahmte dabei sein Mobiltelefon und das seiner Tochter. Der Zugang zu einem Rechtsbeistand wurde ihm verweigert. Am 15. Oktober 2023 kam er gegen eine Kautionsfrei.

Seit dem 9. November 2023 ist Madi Jobarteh wegen angeblicher aufrührerischer Absichten, Anstiftung zur Gewalt, falscher Berichterstattung und Falschinformation angeklagt.

In der Vergangenheit ist der Menschenrechtsverteidiger wiederholt bedroht worden.

Exzellenz, ich bitte Sie, dafür Sorge zu tragen, dass:

- die haltlosen Anklagen gegen Madi Jobarteh umgehend aufgehoben werden und der Menschenrechtsverteidiger wirksam vor Festnahmen und Übergriffen geschützt wird;
- alle Vorwürfe über Einschüchterungen, Drohungen und Angriffe gegen Madi Jobarteh und seine Familie unverzüglich, unabhängig, gründlich und transparent untersucht werden;
- Madi Jobarteh seine Menschenrechtsarbeit ungehindert und ohne Repressalien ausüben kann, sein Recht auf Privatsphäre respektiert wird und ihm sein Mobiltelefon und das seiner Tochter ausgehändigt werden.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:  
S.E.M. Pa Musa Jobarteh  
Ambassade de Gambie  
Avenue Franklin Roosevelt 126  
B-1050 Bruxelles  
BELGIQUE

Name:  
Adresse:

Datum:

**S.E.M. Pa Musa Jobarteh**  
**Ambassade de Gambie**  
**Avenue Franklin Roosevelt 126**  
**B-1050 Bruxelles**  
**BELGIQUE**

Exzellenz,  
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich den Präsidenten der Republik Gambia auf die Repressalien gegen den Menschenrechtsverteidiger Madi Jobarteh aufmerksam machen und ihn darum bitten, sich seines Schicksals anzunehmen.  
Hochachtungsvoll

His Excellency Adama Barrow, President of Gambia  
State house of the Gambia, Banjul – GAMBIA

Exzellenz,

in großer Sorge um die Sicherheit des Menschenrechtsverteidigers **Madi Jobarteh** ersuche ich Sie um Unterstützung.

Am 6. Oktober 2023 durchsuchten vier Angehörige des Staatsschutzes und der Kriminalpolizei das Haus des ehemaligen Geschäftsführers des zivilgesellschaftlichen Dachverbands TANGO (The Association of Non-Governmental Organizations in Gambia) und befragten ihn zu seinen Äußerungen auf Facebook.

Am 9. Oktober 2023 wurde Madi Jobarteh in Untersuchungshaft genommen.

Die Polizei beschlagnahmte dabei sein Mobiltelefon und das seiner Tochter. Der Zugang zu einem Rechtsbeistand wurde ihm verweigert. Am 15. Oktober 2023 kam er gegen eine Kaution frei.

Seit dem 9. November 2023 ist Madi Jobarteh wegen angeblicher aufrührerischer Absichten, Anstiftung zur Gewalt, falscher Berichterstattung und Falschinformation angeklagt.

In der Vergangenheit ist der Menschenrechtsverteidiger wiederholt bedroht worden.

Exzellenz, ich bitte Sie, dafür Sorge zu tragen, dass:

- die haltlosen Anklagen gegen Madi Jobarteh umgehend aufgehoben werden und der Menschenrechtsverteidiger wirksam vor Festnahmen und Übergriffen geschützt wird;
- alle Vorwürfe über Einschüchterungen, Drohungen und Angriffe gegen Madi Jobarteh und seine Familie unverzüglich, unabhängig, gründlich und transparent untersucht werden;
- Madi Jobarteh seine Menschenrechtsarbeit ungehindert und ohne Repressalien ausüben kann, sein Recht auf Privatsphäre respektiert wird und ihm sein Mobiltelefon und das seiner Tochter ausgehändigt werden.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.  
Mit hochachtungsvollem Gruß